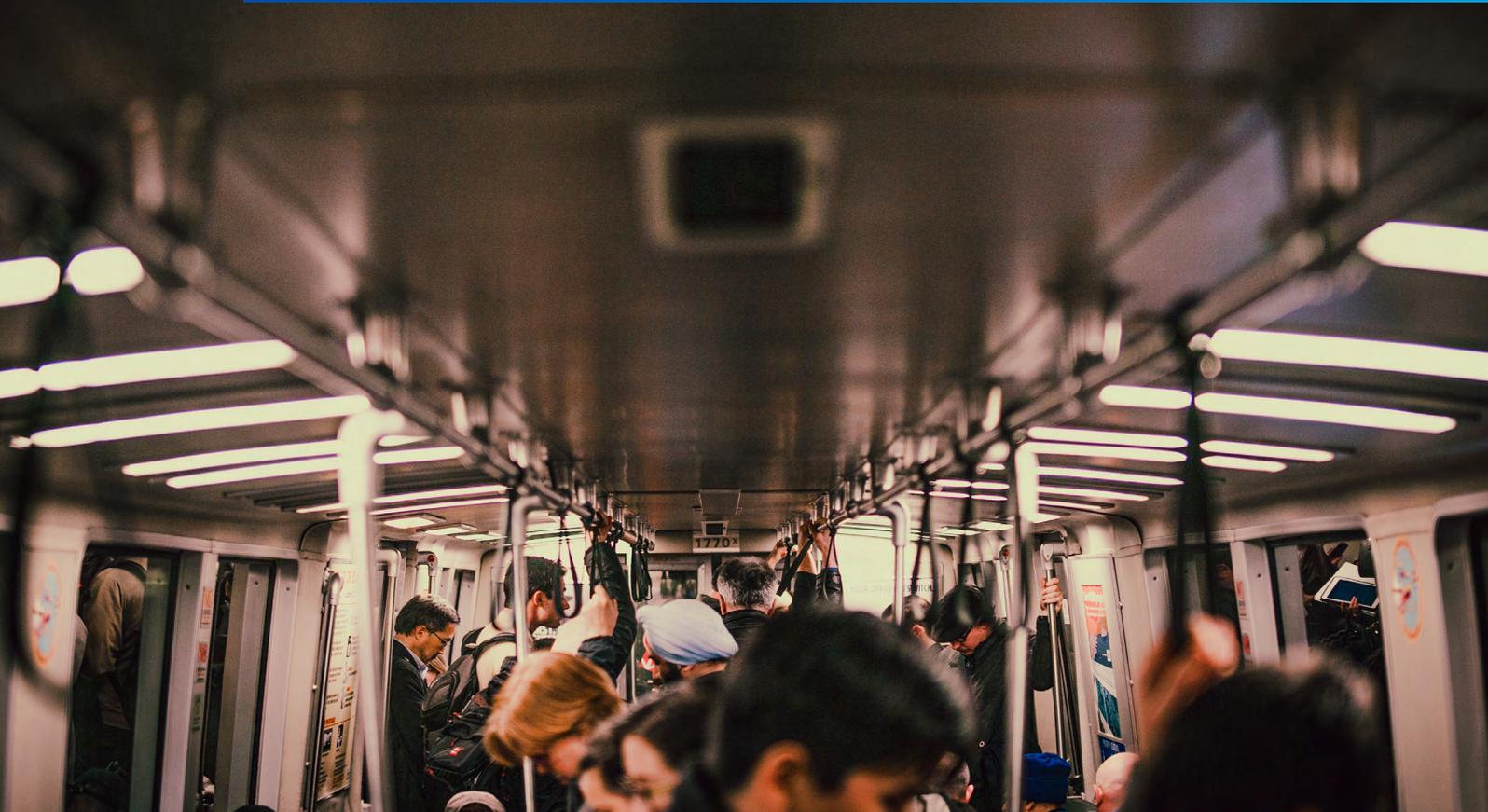


Wirtschaft im Wandel

4/2017

19. Dezember 2017, 23. Jahrgang



Hans-Ulrich Brautzsch **s. 69**

Pendlerströme führen zur regionalen Angleichung bei Beschäftigung

T. Brockmeier, R. E. Gropp **s. 67**
Niedrige Soziale Mobilität
in Deutschland:
Wo liegen die Ursachen?

F. Altgelt, M. Koetter **s. 75**
Too connected to fail?
Wie die Vernetzung der Banken
staatliche Rettungsmaßnahmen
vorhersagen kann

O. Holtemöller, M. Kämpfe **s. 79**
Polen vor der Middle-Income-Trap?
Entwicklungsplan bis 2030 soll
den Aufholprozess beschleunigen

Inhaltsverzeichnis

- 67** Niedrige Soziale Mobilität in Deutschland: Wo liegen die Ursachen?
Thomas Brockmeier, Reint E. Gropp
- 68** Aktuelle Trends: Große deutsche Banken werden kleiner und haben mehr Eigenkapital
Talina Sondershaus, Lena Tonzer
- 69** Pendlerströme führen zur regionalen Angleichung bei Beschäftigung
Hans-Ulrich Brautzsch
- 75** Too connected to fail? Wie die Vernetzung der Banken staatliche Rettungsmaßnahmen vorhersagen kann
Friederike Altgelt, Michael Koetter
- 79** Polen vor der Middle-Income-Trap? Entwicklungsplan bis 2030 soll den Aufholprozess beschleunigen
Oliver Holtemöller, Martina Kämpfe
- 83** 7. IWH/INFER-Workshop on Applied Economics and Economic Policy: “Challenges and Implications of Inflationary Dynamics”
Birgit Schultz, Gregor von Schweinitz
- 84** Arbeitnehmermitbestimmung und Tarifverträge im Fokus –
14. IWH/IAB-Workshop zur Arbeitsmarktpolitik
Eva Hank, Georg Neuschäffer

Niedrige Soziale Mobilität in Deutschland: Wo liegen die Ursachen?

Thomas Brockmeier, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau
Reint E. Gropp, Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle

Weiterhin gilt in Deutschland: Für den Bildungserfolg ist es nicht entscheidend, was ein Kind kann, sondern woher es kommt. Die soziale Herkunft eines Kindes bestimmt in hohem Maße dessen Bildungsniveau, beruflichen Erfolg und Einkommen. Eine Untersuchung des Statistischen Bundesamts vom letzten Jahr zeigt, dass 61% der unter 15-Jährigen, deren Eltern selbst einen hohen Bildungsabschluss haben, 2015 ein Gymnasium besuchten, während dies nur für 14% der Jugendlichen aus Familien mit niedrigem Bildungsabschluss gilt. Empirische Studien belegen: Kinder mit einem bildungsfernen Familienhintergrund können in Deutschland nur mit einer deutlich niedrigeren Wahrscheinlichkeit als etwa in skandinavischen Ländern (Dänemark, Norwegen, Finnland und Schweden) und einer ähnlich hohen Wahrscheinlichkeit wie in den USA sozial aufsteigen.

Dadurch, dass die Bildungsmobilität in Deutschland so schlecht ist, bleiben viele unter ihrem Potenzial – zum Schaden von Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt. Die demographische Situation verschärft das Problem: Bis zum Jahr 2030 – so die Arbeitsmarktprognose 2030 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales – wird der Arbeitsmarkt zunehmend durch die Engpässe im Arbeitsangebot von höher Qualifizierten bestimmt sein. Um Handlungsalternativen zu entwickeln, muss man zunächst die Ursachen für das Phänomen verstehen. Aus den aktuellen Ergebnissen der Bildungsforschung und der öffentlichen Debatte lassen sich drei mögliche Hauptgründe für die niedrige Bildungsmobilität in Deutschland ableiten. Erstens: Die staatlichen Ausgaben für Bildung in Deutschland liegen bei unter 4% des Bruttoinlandsprodukts und damit unter dem EU-Schnitt und weit unter den Spitzenländern Dänemark, Finnland, Belgien und Schweden. Allerdings möge man sich von der Vorstellung freihalten, die Höhe der Ausgaben allein sei maßgeblich; natürlich spielt – und dies zeigt die Empirie eindrucksvoll – eine große Rolle, wie und wofür die Mittel ausgegeben werden.

Zweitens: Das dreigliedrige Schulsystem in Deutschland mit seiner frühen Aufteilung auf die verschiedenen weiterführenden Schultypen zementiert durch eine Art „Etikettierung“ der Schüler hinsichtlich ihres Potenzials und ihrer Zukunftserwartungen in einem sehr frühen Alter eine nachfolgende tiefere Segregation. IGLU- und PISA-Ergebnisse zeigen, dass sowohl Eltern als auch

Lehrer die Leistungspotenziale von Kindern aus unterschiedlichen Bildungsschichten per se unterschiedlich einschätzen. Das führt trotz gleicher Kompetenzen zu ungleichen Entscheidungen über die Bildungswege je nach Herkunft. Jedoch zeigt die empirische Evidenz, dass das dreigliedrige Schulsystem wohl nicht das Hauptproblem ist. In Bayern – dem Bundesland, in dem die frühe Aufteilung auf Gymnasium, Realschule und Hauptschule wohl am konsequentesten durchgeführt wird – ist die Korrelation zwischen dem Bildungsniveau der Eltern und dem Schulerfolg der Kinder geringer als beispielsweise in Nordrhein-Westfalen, wo die Aufteilung auf verschiedene Schultypen später und weniger konsequent erfolgt.

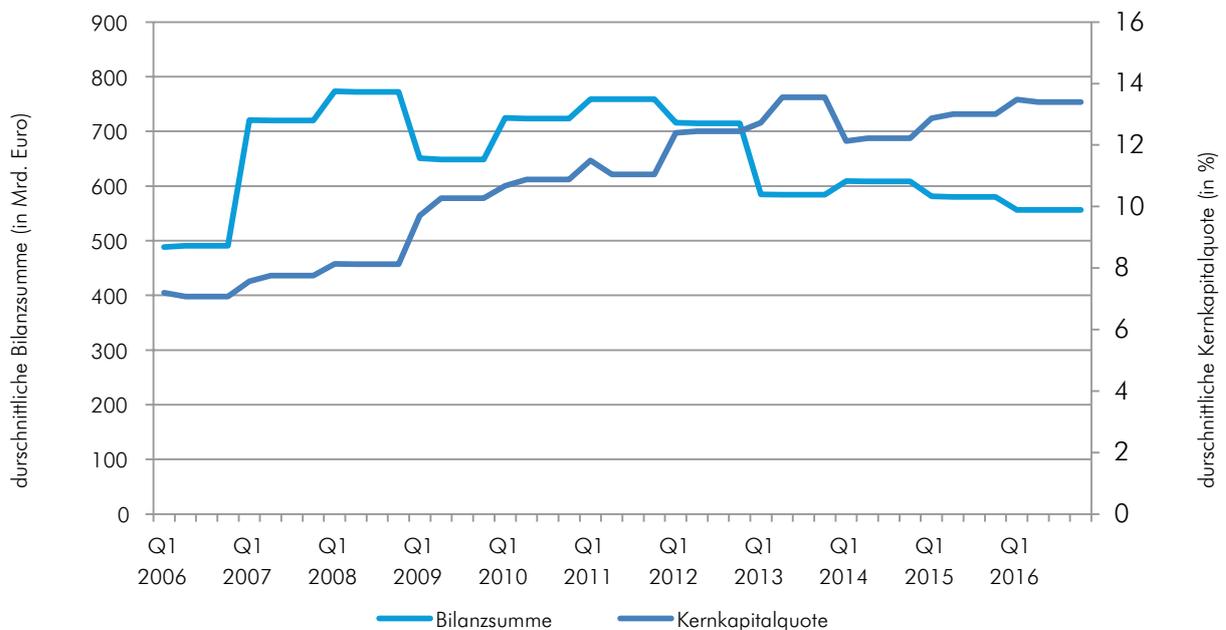
Drittens: Deutsche Schulen unterscheiden sich in einem entscheidenden Punkt von den Schulen in vielen anderen Ländern: Sie konzentrieren sich auf die Vermittlung von Wissen in den klassischen Schulfächern (Mathematik, Deutsch, Englisch etc.). Alle sozialen und sportlichen Aktivitäten, aber auch die Hausaufgabenbetreuung, müssen von den Eltern organisiert werden und finden außerhalb der Schule statt. Dadurch werden soziale und ökonomische Unterschiede der Familien für Lernerfolg und Kompetenzerwerb besonders relevant. Mit einem ganzheitlicheren Bildungsauftrag an die Schulen erhalten Kinder dagegen unabhängig von ihrer Herkunft Möglichkeiten, sich in nicht-schulischen bzw. nicht-akademischen Aktivitäten weiterzuentwickeln, eigene Potenziale und Stärken zu erkennen, Kompetenzen zu stärken sowie auch und insbesondere Kontakte außerhalb „ihrer eigenen“ Bildungsschicht zu knüpfen.

Wir empfehlen daher ein Umdenken: Schulen sollten auch „außerschulische“ Aktivitäten anbieten. Keineswegs geht es darum – dies kann nicht deutlich genug betont werden –, die Schüler womöglich den lieben langen Tag lang nur zu „verwahren“, das Gegenteil ist der Fall: Die Schüler sollen innerhalb der Schule ein vielseitiges und interessantes „Freizeitangebot“ vorfinden, sodass Talente, die verschiedene Ausprägungen haben können, erkannt und gefördert werden können – unabhängig vom sozialen Status des Elternhauses. Wir sind der Überzeugung, dass dies die Chancengleichheit in Deutschland erhöhen und die Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom Elternhaus reduzieren könnte – zum Wohle von Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt. 

Aktuelle Trends: Große deutsche Banken werden kleiner und haben mehr Eigenkapital

Talina Sondershaus, Lena Tonzer

Bilanzsumme und Kernkapitalquote großer Banken in Deutschland



Anmerkung: Bilanzsumme: jährlicher Durchschnitt über die Gesamtsumme der Vermögenswerte. Kernkapitalquote: Tier-1-Eigenkapitalquote; misst den Anteil risikotragender Aktiva, die durch Kernkapital der Bank abgedeckt sind. Einbezogen sind die Daten vier großer deutscher Banken (Commerzbank AG, Deutsche Bank AG, Deutsche Postbank AG, IKB Bank).
Quellen: Datastream; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Große Banken profitieren in der Regel von einem „Too-big-to-fail“-Status: Sie sind „zu groß, um zu scheitern“. Vor der letzten Finanzkrise, die im Jahr 2007 begann, haben die Vermögenswerte der großen Banken in Deutschland durchschnittlich zugenommen. Je größer der Marktanteil und die Vernetzung großer Banken, desto größer sind die systemischen Auswirkungen, falls eine Bank in Schieflage gerät. Aus Angst vor einem systemischen Zusammenbruch werden deshalb oft staatliche Garantien ausgesprochen oder Eigenkapital bereitgestellt. Wenn große Banken die Rettung durch den Staat antizipieren, kann das dazu führen, dass sie riskantere Geschäfte eingehen. Diese Problematik kam in der letzten Krise zum Tragen, sodass zahlreiche regulatorische Änderungen beschlossen wurden, um das systemische Risiko großer Banken zu reduzieren. Die Abbildung zeigt für vier große deutsche Banken, dass deren durchschnittliche Bilanzsumme im Verlauf der Krise gesunken ist, die Banken also kleiner geworden sind. Trotzdem ist ihr Marktanteil noch immer erheblich. Neue Regulierungsmaßnahmen, wie die Überwachung systemisch relevanter Banken durch den einheitlichen

Aufsichtsmechanismus, die Errichtung eines Abwicklungsmechanismus und die Einführung systemischer Aufschläge bezogen auf die Eigenkapitalquote, sind deshalb wichtige Schritte, um staatliche Rettungsgarantien und die sich daraus ergebenden Lasten für den Steuerzahler abzubauen.

Die Banken reagieren auf die neuen Vorschriften und erhöhen ihre Kernkapitalquote (vgl. Abbildung). Diese Erhöhung findet unter anderem dadurch statt, dass die Banken ihre Verschuldungsquote herunterfahren. Risiken für das gesamtwirtschaftliche Wachstum ergeben sich, sobald Schulden nicht durch liquide Vermögenswerte, sondern die Auflösung von Krediten an die Realwirtschaft bezahlt werden. 

Talina Sondershaus

Abteilung Finanzmärkte

Talina.Sondershaus@iwh-halle.de

Juniorprofessorin Lena Tonzer, Ph.D.

Abteilung Finanzmärkte

Lena.Tonzer@iwh-halle.de

Pendlerströme führen zur regionalen Angleichung bei Beschäftigung*

Hans-Ulrich Brautzsch

Im Jahr 2016 hatten 75% der erwerbsfähigen Personen, die in Ostdeutschland wohnten, dort auch einen Arbeitsplatz. In Westdeutschland waren es 81%. Berücksichtigt man den Pendlerüberschuss gegenüber Westdeutschland sowie die längeren Jahresarbeitszeiten in Ostdeutschland, verschwindet der Rückstand auf den Westen: Die erwerbsfähigen Ostdeutschen haben im Durchschnitt genauso viele Arbeitsstunden geleistet wie die Westdeutschen. Auch auf Kreisebene kann kein ausgeprägtes Ost-West-Gefälle ausgemacht werden. Vielmehr zeigen sich deutliche Disparitäten zwischen Süddeutschland (einschließlich Sachsens und Thüringens) und großen Teilen Norddeutschlands.

JEL-Klassifikation: J01, J23, R11

Schlagwörter: Arbeitsmarkt, Ostdeutschland, Pendlerströme

Die Beschäftigungslage in Ostdeutschland¹ wird im Allgemeinen als unbefriedigend empfunden. Dabei wird die Beschäftigungssituation vielfach anhand der Zahl der Erwerbstätigen mit einem Arbeitsort in Ostdeutschland beurteilt.² Allerdings bleiben hierbei zwei Faktoren unberücksichtigt, und zwar der hohe Pendlerüberschuss sowie die höheren Jahresarbeitszeiten pro Erwerbstätigen in Ostdeutschland. Wie im Folgenden gezeigt wird, verschwinden die Unterschiede zu Westdeutschland bezüglich der geleisteten Arbeitsstunden, wenn diese beiden Faktoren berücksichtigt werden.

Arbeitsplatzdichte im Ost-West-Vergleich

Im Jahr 2016 gab es 751 Erwerbstätige mit einem Arbeitsplatz in Ostdeutschland pro 1 000 Erwerbsfähige.³ Damit lag die Arbeitsplatzdichte⁴ bei 93% des westdeutschen Wertes (vgl. Tabelle).⁵ Bei den Beschäftigtengruppen bestanden allerdings erhebliche Unterschiede. Einen relativ hohen Angleichungsstand gab es bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Bei den Selbstständigen bestand sogar ein Vorsprung Ostdeutschlands. Bei Beamten und ausschließlich geringfügig Beschäftigten war der Abstand zum westdeutschen Wert noch groß.

* In der Zeitschrift „Wirtschaft im Wandel“ werden ausgewählte Aspekte der aktuellen Entwicklung des ostdeutschen Arbeitsmarktes im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktbilanz des IWH besprochen. Der vorangegangene Artikel erschien in: *IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 22 (6), 2016, 117-124.*

1 Ostdeutschland mit Berlin; Westdeutschland ohne Berlin.

2 Dabei handelt es sich um die so genannten Erwerbstätigen (Inland). Zu diesen zählen alle Personen, die im jeweiligen Gebiet ihren Wohn- und Arbeitsort haben, zuzüglich der außerhalb dieses Gebietes wohnenden Personen, die als Einpendler in dieser Region ihren Arbeitsort haben. Die Zahl der Erwerbstätigen (Inland) gibt folglich an, wie viele Personen innerhalb eines Gebietes erwerbstätig sind (Arbeitsortprinzip). Im Unterschied dazu werden mit den so genannten Erwerbstätigen (Inländer) alle Personen erfasst, die im jeweiligen Gebiet ihren Wohn- und Arbeitsort haben, zusätzlich aber auch diejenigen Personen, die zwar in diesem Gebiet wohnen, aber als Auspendler ihren Arbeitsort in anderen Regionen haben (Wohnortprinzip). Die Erwerbstätigen (Inländer) in Ostdeutschland werden im Folgenden als Ostdeutsche und die Erwerbstätigen (Inländer) in Westdeutschland als Westdeutsche bezeichnet.

3 Zu den Erwerbsfähigen zählen alle Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. Die Zahl der Erwerbsfähigen wurde als Bezugsgröße gewählt, weil diese die Obergrenze der potenziell Arbeitsuchenden angibt. Vgl. Fuchs, J.: Erwerbspersonenpotenzial und Stille Reserve – Konzeption und Berechnungsweise, in: *Kleinhenz, G. (Hrsg.), IAB-Kompodium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB 250), Nürnberg 2002, 82.*

4 Dieser Indikator wird als Erwerbstätigenquote, Partizipationsquote bzw. Arbeitsplatzdichte bezeichnet. Im Folgenden wird der Begriff Arbeitsplatzdichte verwendet, im Einklang mit der Terminologie des Statistischen Bundesamtes, das auf Kreisebene den Begriff Arbeitsplatzdichte verwendet. Dieser Indikator ist dort definiert als die Zahl der Erwerbstätigen (am Arbeitsort) je 1 000 Einwohner im Alter von 15 bis 64 Jahren.

5 Bei der Verwendung dieses Begriffes muss beachtet werden, dass es eine große Zahl von Beschäftigten mit Nebenjobs gibt. Im Jahr 2016 waren dies in Deutschland 2,96 Millionen Personen. Das sind 6,8% der Erwerbstätigen insgesamt. Vgl. *Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 05.09.2017: Arbeitsvolumen lag im zweiten Quartal 2017 bei 14,2 Milliarden Stunden.*

In der Erwerbstätigenrechnung werden Personen mit mehreren Beschäftigungsverhältnissen nur einmal gezählt. Damit wird mit dem Indikator Arbeitsplatzdichte nur die Zahl der beschäftigten Personen in Relation zu den Erwerbsfähigen gesetzt. Richtigerweise müsste es die Zahl der Arbeitsplätze sein. Vgl. hierzu auch Fußnote 7.

Tabelle
Arbeitsplatzdichte in Ostdeutschland^a und Westdeutschland im Jahr 2016

je 1 000 Erwerbsfähige

	Ostdeutschland	Westdeutschland	Westdeutschland = 100
in Personen			
SV-pflichtig Beschäftigte	564	581	97
Vollzeit	400	426	94
Teilzeit	164	155	106
+ ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	59	95	62
+ Beamte	29	38	76
+ Selbstständige	81	78	103
+ sonstige	18	19	96
= Erwerbstätige (Inländer)	751	811	93
+ Pendlersaldo	+20	-7	
= Erwerbstätige (Inländer)	771	804	96
in Stunden			
Arbeitsvolumen (Inländer)	1 063	1 095	97
Arbeitsvolumen (Inländer)	1 093	1 088	100

^a Ostdeutschland mit Berlin; Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Berechnungen des IWH.

Zu berücksichtigen ist, dass deutlich mehr Ostdeutsche einen Arbeitsplatz in Westdeutschland haben als umgekehrt. So überstieg die Zahl der Auspendler aus Ostdeutschland im Jahr 2016 die Zahl der Einpendler um 210 000 Personen. Werden die Pendlerströme in die Berechnung mit einbezogen, so kamen 771 Erwerbstätige mit Wohnsitz in Ostdeutschland auf 1 000 Erwerbsfähige. Diese Arbeitsplatzdichte der Erwerbstätigen⁶ (Inländer) entsprach damit 96% des westdeutschen Wertes (vgl. Tabelle).

Des Weiteren muss berücksichtigt werden, dass die durchschnittliche Jahresarbeitszeit in ostdeutschen Arbeitsstätten im Jahr 2016 um 4,8% höher war als in Westdeutschland (vgl. Übersicht, Zeile 30). Dies führt dazu, dass das Arbeitsvolumen, das pro Erwerbs-

fähigen in Ostdeutschland geleistet wird, bei 97% des westdeutschen Wertes lag.⁷ Berücksichtigt man noch das Arbeitsvolumen der nach Westdeutschland auspendelnden bzw. nach Ostdeutschland einpendelnden Erwerbstätigen (Wechsel vom Inlands- zum Inländerkonzept), so ergibt sich folgendes Bild: Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden pro Erwerbsfähigen war in Ostdeutschland genauso hoch wie in Westdeutschland (vgl. Tabelle, letzte Zeile). Unter diesem – rein rechnerischen – Blickwinkel ist die Beschäftigungslage der ostdeutschen Bevölkerung identisch mit der westdeutschen.⁸ Allerdings erlauben diese Berechnungen keine Aussage darüber, ob die Beschäftigungslage auch unter qualitativen Gesichtspunkten (Verdienst, Arbeitsbedingungen) gleichwertig ist.

Kein Ost-West-Gefälle auf Kreisebene

Beim Arbeitsvolumen (Inland) pro Erwerbsfähigen auf der Ebene der Kreise⁹ zeigen sich große Disparitäten (vgl. Abbildung 1). Dabei wird als Maßstab der gesamtdeutsche Wert verwendet und gleich 100% gesetzt.¹⁰ Der höchste Wert in Ostdeutschland wurde im Jahr 2015 mit 147,8% in Eisenach erreicht, der niedrigste Wert mit 70,8% im Landkreis Märkisch-Oderland. Aber auch in Westdeutschland zeigen sich sehr große Unterschiede. Hier reicht die Spannweite von 254,1% in Schweinfurt bis 46,4% im Landkreis Südwestpfalz. Bezieht man die – in Arbeitsstunden bewerteten – Pendlerströme mit ein,¹¹ so ist das Bild deutlich aus-

⁶ Vgl. hierzu Übersicht „Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland und Westdeutschland“, Zeile 24.

⁷ In der Arbeitsvolumenrechnung ist die gesamte Zahl der geleisteten Arbeitsstunden enthalten, also auch die in Nebenjobs geleisteten Stunden. Das Arbeitsvolumen der in Nebenjobs geleisteten Stunden betrug im Jahr 2016 in Deutschland 668 Mio. Stunden. Das sind 1,1% des gesamten Arbeitsvolumens. Vgl. [Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 05.09.2017](#): Arbeitsvolumen lag im zweiten Quartal 2017 bei 14,2 Milliarden Stunden. Vgl. auch: Klinger, S.; Weber, E.: Zweitbeschäftigungen in Deutschland: Immer mehr Menschen haben einen Nebenjob. [IAB-Kurzbericht 22/2017](#). Das in Fußnote 5 angesprochene Problem der Nichtberücksichtigung von Nebenjobs beim Indikator Arbeitsplatzdichte ist damit behoben.

⁸ Eine frühere Untersuchung kam zu dem Ergebnis, dass bereits im Jahr 2003 in Ostdeutschland (ohne Berlin) das Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inländer) je Erwerbsfähigen bei 96% des Wertes in Westdeutschland (mit Berlin) lag. Vgl. Brautzsch, H.-U.: Arbeitsplatzlücke im Osten fast doppelt so hoch wie im Westen, in: [IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 10 \(11\), 2004, 295-300](#).

⁹ Zu beachten ist, dass für Kreise lediglich Daten zum Arbeitsvolumen bis zum Jahr 2015 vorliegen.

¹⁰ Das Arbeitsvolumen (Inland) je Erwerbsfähigen lag im Jahr 2015 in Deutschland bei 1 102 Arbeitsstunden.

¹¹ Vgl. den Kasten „Zur Berechnung des Arbeitsvolumens der Inländer für Kreise“. Dort wird auch auf die Problematik der fehlenden Daten für Auspendler ins Ausland eingegangen.

Übersicht

Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland und Westdeutschland

	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	2016	2017	2016	2017
	1 000 Personen			
1 Erwerbsfähige ^a	10 428	10 375	44 140	44 295
2 Erwerbstätige (Inland)	7 830	7 946	35 808	36 321
3 Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt [(2)–(15)]	7 791	7 908	35 759	36 271
4 Förderung von abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit ^b	46	49	84	92
5 Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt ohne Förderung von abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit [(3)–(4)]	7 745	7 859	35 675	36 179
6 Pendlersaldo	–210	–208	304	309
7 Erwerbstätige (Inländer) [(2)–(6)]	8 040	8 154	35 504	36 012
8 Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt [(7)–(15)]	8 001	8 116	35 455	35 962
9 darunter: Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt ohne Förderung von abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit [(8)–(4)]	7 955	8 067	35 371	35 870
10 Unterbeschäftigung [(11)+(12)]	910	820	2 492	2 434
11 Arbeitslose	712	640	1 979	1 903
12 sonstige Unterbeschäftigte [(13)+(14)+(15)+(16)+(17)+(18)+(19)]	198	180	513	531
13 § 126 SGB III/kurzfristige Arbeitsunfähigkeit	21	15	58	60
14 Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten	11	9	36	33
15 Ein-Euro-Jobs	39	38	49	50
16 Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (nur Vollzeitmaßnahmen)	35	34	88	89
17 Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen bzw. Aktivierung und berufliche Eingliederung (§ 46 SGB III)	43	44	162	179
18 Sonderregelung für Ältere ^c	48	38	115	115
19 Ausfall durch sonstige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ^d	1	2	5	5
20 Erwerbspersonenpotenzial ohne Stille Reserve i. e. S. ^e [(8)+(10)–(14)–(19)]	8 900	8 927	37 911	38 363
	in % (Inländerkonzept)			
21 Erwerbsbeteiligungsquote [(20)/(1)*100]	85,3	86,0	85,9	86,6
22 Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt [(8)/(1)*100]	76,7	78,2	80,3	81,2
23 Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt (ohne Förderung von abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit) [(9)/(1)*100]	76,3	77,7	80,2	81,0
24 Erwerbstätigenquote insgesamt [(7)/(1)*100]	77,1	78,6	80,5	81,3
25 Unterbeschäftigungsquote [(10)/(20)*100]	10,2	9,2	6,6	6,3
26 Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung {[(11)+(13)]/(10)*100}	80,5	79,9	81,8	80,6
27 Arbeitslosenquote {[(11)+(13)]/[(7)+(11)+(13)]*100}	8,4	7,4	5,4	5,2
28 Quote der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen {[(4)+(12)]/(20)*100}	2,7	2,6	1,6	1,6
	in Mio. Stunden			
29 geleistetes Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland) [(30)*(2)/1 000]	11 089	11 229	48 354	48 811
	in Stunden			
30 geleistetes Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen (Inland)	1 416,2	1 413,2	1 350,4	1 343,9

^a Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. Infolge einer rechtlichen Neuregelung (§ 35 SGB VI) erhöht sich die Regelaltersgrenze ab dem Geburtsjahrgang 1947. Dies ist bei der Abgrenzung der Erwerbsfähigen ab dem Jahr 2012 berücksichtigt. – ^b Personen in Maßnahmen der Förderung der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit (Förderung abhängiger Beschäftigung bzw. Förderung der Selbstständigkeit); die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^c § 53a Abs. 2 SGB I/VI. – ^d Die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^e Der Abzug des Arbeitsausfalls bei Kurzarbeit erfolgt, um eine Doppelzählung zu vermeiden. Arbeitslose mit geringfügiger Beschäftigung oder traditioneller Teilzeitbeschäftigung sind mangels Quantifizierbarkeit doppelt enthalten.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Veröffentlichung Oktober 2017); Berechnungen und Schätzungen des IWH.

geglicher:¹² In Sachsen und – mit wenigen Ausnahmen – auch in Thüringen wurde der gesamtdeutsche Wert

12 Dies zeigt auch die Streuung bei der Arbeitsplatzdichte. Setzt man den gesamtdeutschen Wert gleich 100, betrug die Standardabweichung beim Arbeitsvolumen (Inland) je Erwerbsfähigen 27,5, beim Arbeitsvolumen (Inländer) je Erwerbsfähigen hingegen nur 7,8.

übertrafen (vgl. Abbildung 2). Auch in Süddeutschland, im Speckgürtel von Berlin oder in einigen Regionen Norddeutschlands kommt es durch die Pendlerbewegungen zu einer deutlichen Angleichung. Bemerkenswert ist, dass in allen ostdeutschen Kreisen das Arbeitsvolumen (Inländer) pro Erwerbsfähigen mehr

als 90% des gesamtdeutschen Durchschnitts betrug. Insgesamt ist kein ausgeprägtes Gefälle zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland auszumachen. Vielmehr zeigen sich erhebliche Disparitäten zwischen Süddeutschland (Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und Thüringen) und großen Teilen Norddeutschlands.¹³

Fazit

Bei Berücksichtigung der Pendlerströme sowie der längeren Arbeitszeiten in Ostdeutschland zeigt sich, dass die Zahl der Arbeitsstunden pro Erwerbsfähigen in Ostdeutschland und Westdeutschland nahezu identisch ist. Auch auf Kreisebene kommt es infolge der Pendlerströme zu einer deutlichen Annäherung bei den Arbeitsstunden pro Erwerbsfähigen. Regionale

Unterschiede zeigen sich vor allem zwischen Nord- und Süddeutschland.

Die Nivellierung des Ost-West-Unterschieds bezieht sich auf den Arbeitseinsatz in Form geleisteter Arbeitsstunden. Erkauft wird sie dadurch, dass deutlich mehr Ostdeutsche in den Westteil des Landes zur Arbeit pendeln als umgekehrt.¹⁴ Auch hinsichtlich der durchschnittlichen Arbeitsverdienste bleibt die Lücke zwischen Ost und West bestehen.¹⁵

Dr. Hans-Ulrich Brautzsch

Abteilung Makroökonomik

Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de

¹³ Vgl. Altemeyer-Bartscher, M.; Heimpold, G.; Holtemöller, O.; Lindner, A.; Titze, M.: Ostdeutsche Wirtschaft: Rückstand bleibt trotz Aufschwung groß, Finanzausgleich fließt auch nach Reform vor allem in den Osten, in: IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 5 (3), 2017, 62ff.

¹⁴ Vgl. Leipziger Volkszeitung: Immer auf Achse – Leipzigs Pendler. Reportage, Februar 2017, <http://blog.lvz.de/reportage/pendler-leipzig/>.

¹⁵ Vgl. Brautzsch, H.-U.; Exß, F.; Holtemöller, O.; Lindner, A.; Loose, B.; Ludwig, U.; Schultz, B.: Ostdeutsche Wirtschaftspolitik muss umdenken: Nur mit Investitionen in Köpfe lässt sich weiter aufholen, in: IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 4 (2), 2016, 59 (Tabelle 1).

Zur Berechnung des Arbeitsvolumens der Inländer für Kreise

Das Arbeitsvolumen Inland, d. h. die innerhalb der Kreisgrenze geleisteten Arbeitsstunden, wird jährlich vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ veröffentlicht. Aussagekräftiger ist jedoch das Arbeitsvolumen, das die Einwohner eines Kreises leisten, und zwar unabhängig von ihrem Arbeitsort. Um dieses zu ermitteln, muss man zum Arbeitsvolumen Inland das Arbeitsvolumen der Auspendler hinzurechnen und das der Einpendler abziehen. Für dieses so genannte Arbeitsvolumen der Inländer, d. h. für die von der Wohnbevölkerung eines Kreises geleisteten Arbeitsstunden, liegen jedoch keine amtlichen Daten vor.

Dieses Arbeitsvolumen der Inländer kann näherungsweise auf der Grundlage der Pendlerströme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten berechnet werden, die jährlich zum 30.06. von der Bundesagentur für Arbeit bereitgestellt werden. Ein Beispiel: Laut dieser Statistik pendelten am 30.06.2015 von der kreisfreien Stadt Magdeburg 883 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in die kreisfreie Stadt Wolfsburg. Umgekehrt pendelten 35 Personen von Wolfsburg nach Magdeburg. Unterstellt man, dass die Pendler so viele Stunden arbeiten wie in dem Kreis, in dem ihr Arbeitsort liegt, können die Pendlerströme in Arbeitsstunden ausgewiesen werden. Bei einer durchschnittlichen Jahresarbeitszeit von 1 428 Stunden in Wolfsburg leisten die Auspendler aus Magdeburg 1,26 Mio. Stunden. Die Pendler von Wolfsburg nach Magdeburg, wo pro Jahr 1 410 Stunden gearbeitet wird, leisten in Magdeburg ein Arbeitsvolumen von 0,05 Mio. Stunden. Das bedeutet, dass die Wohnbevölkerung von Magdeburg durch den Pendlerüberschuss gegenüber Wolfsburg per saldo einen Zugewinn an Arbeitsvolumen in Höhe von 1,21 Mio. Stunden erzielt hat. Das Arbeitsvolumen von Wolfsburg mindert sich in gleicher Höhe.

Mit diesem Vorgehen ist es möglich, für die einzelnen Kreise das Arbeitsvolumen der Einpendler bzw. Auspendler zu berechnen und somit das Arbeitsvolumen der Inländer zu bestimmen. Allerdings sind zwei Einschränkungen zu beachten: Zum einen stehen nur Angaben für die sozialversicherungspflichtigen Pendler zur Verfügung. Diese machen jedoch den weitaus größten Teil der gesamten Auspendler aus. So waren in Sachsen-Anhalt Mitte des Jahres 2015 94,8% der Auspendler sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, bei den Einpendlern waren es 91,3%.¹⁶ Zum anderen können zurzeit nur die aus dem Ausland einpendelnden Personen, die in Deutschland einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, erfasst werden.¹⁷ Für die Auspendler ins Ausland stehen derartige Informationen nicht zur Verfügung. Damit dürfte vor allem für die grenznahen Kreise das hier berechnete Arbeitsvolumen der Inländer zu gering ausgewiesen werden.

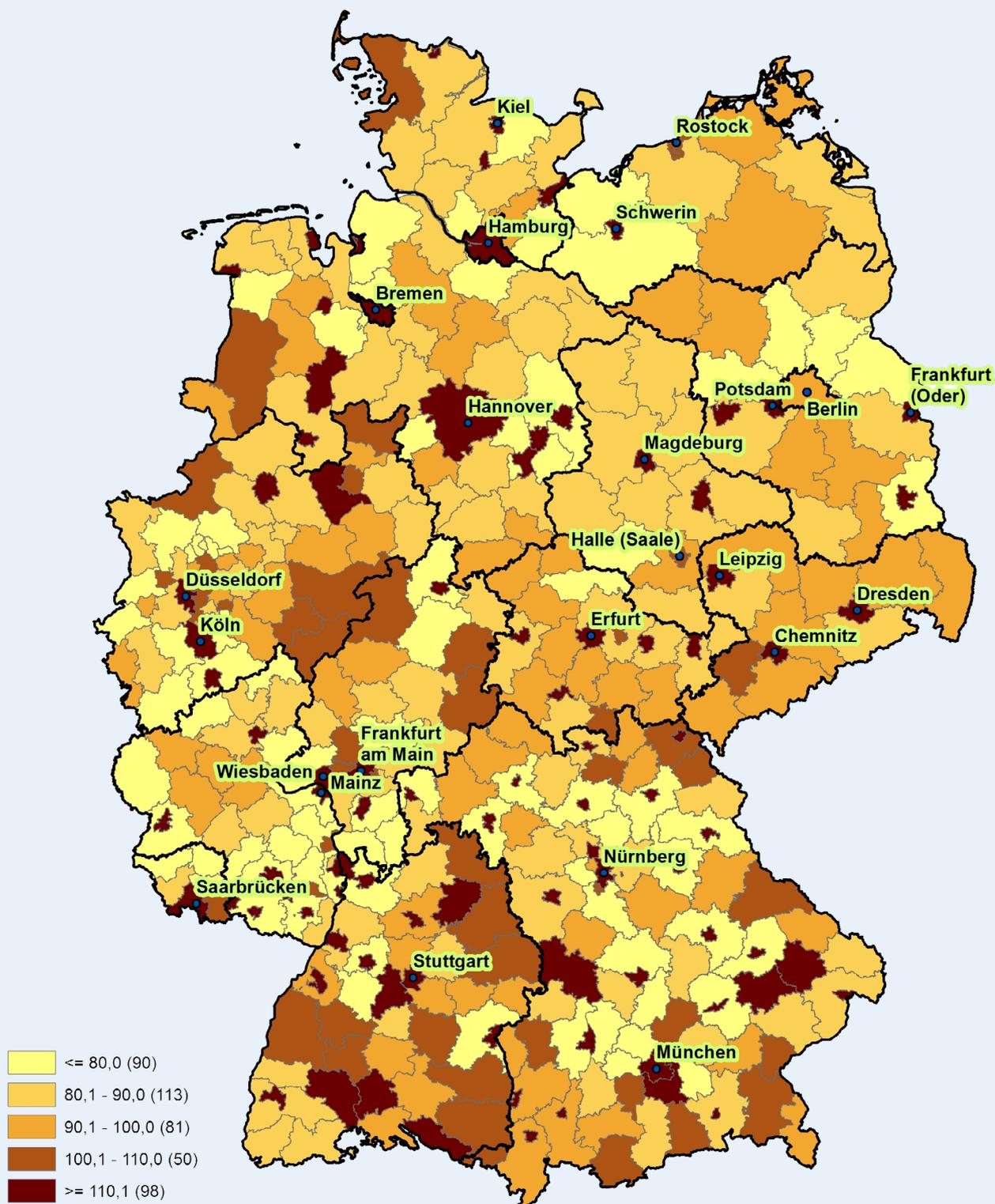
¹⁶ Vgl. Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Bundesagentur für Arbeit: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte - Pendler nach Ländern, Nürnberg, Stichtag 30. Juni 2016.

¹⁷ Bundesagentur für Arbeit, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Grundlagen: Glossar – Gesamtglossar der Fachstatistiken der BA, Nürnberg, September 2017.

Abbildung 1

Arbeitsvolumen nach dem Arbeitsortprinzip (Inlandskonzept) im Jahr 2015^a

Arbeitsvolumen (Inland) je Erwerbsfähiger, Deutschland = 100



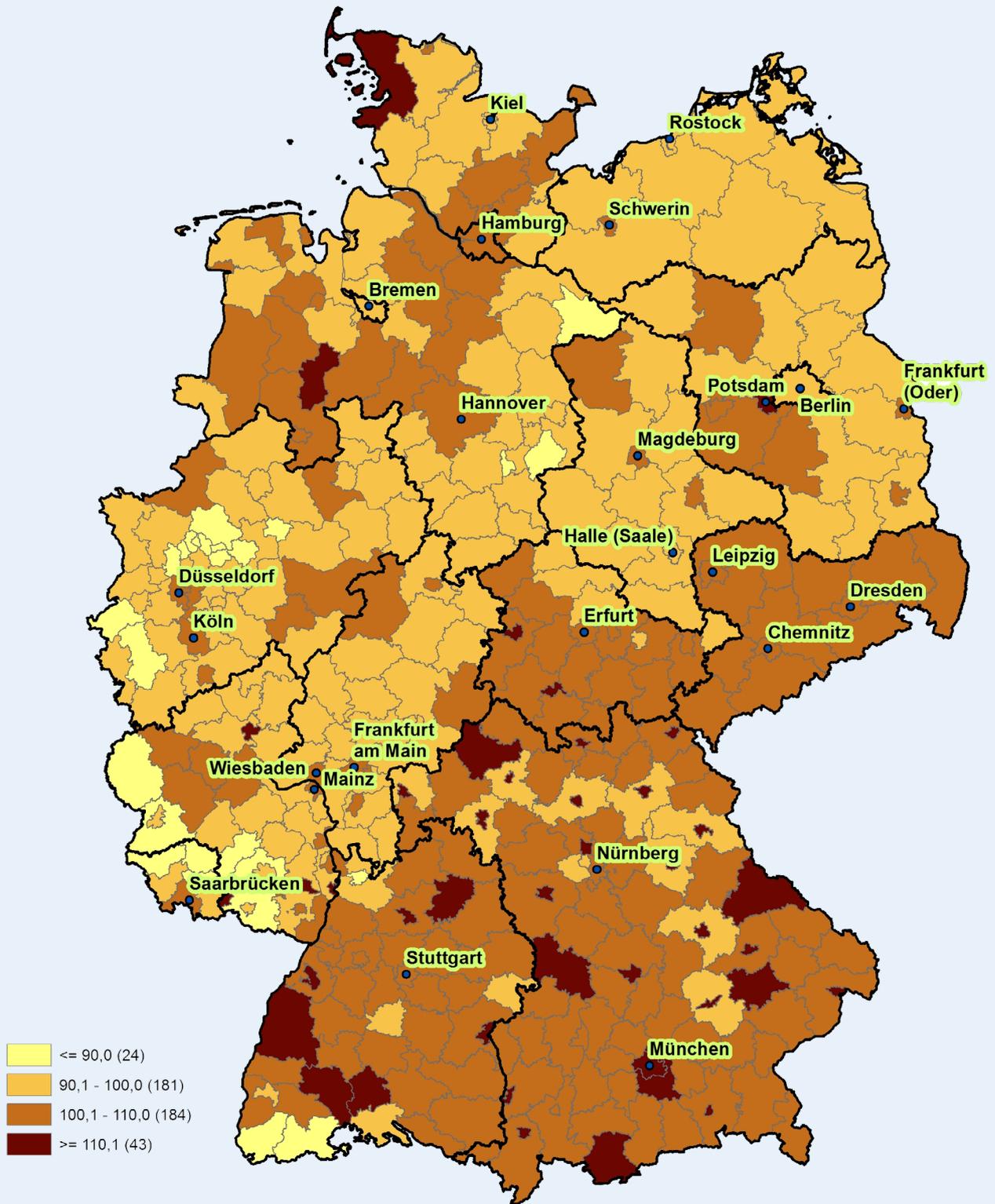
^aIn der Legende geben die in Klammern stehenden Zahlen die Anzahl der betroffenen Kreise an.

Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Berechnungen des IWH; kartographische Aufbereitung: Michael Barkholz (IWH).

Abbildung 2

Arbeitsvolumen nach dem Wohnortprinzip (Inländerkonzept) im Jahr 2015

Arbeitsvolumen (Inländer) je Erwerbsfähiger, Deutschland = 100



^a In der Legende geben die in Klammern stehenden Zahlen die Anzahl der betroffenen Kreise an.

Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Berechnungen des IWH; kartographische Aufbereitung: Michael Barkholz (IWH).

Too connected to fail? Wie die Vernetzung der Banken staatliche Rettungsmaßnahmen vorhersagen kann

Friederike Altgelt, Michael Koetter

Seit der globalen Finanzkrise 2007/2008 liegt aufgrund ihrer Schlüsselrolle für ein funktionierendes Finanzsystem ein besonderer Fokus auf den so genannten systemrelevanten Finanzinstitutionen (*systemically important financial institutions, SIFIs*). Neben der Größe von Finanzinstitutionen ist auch das Ausmaß ihrer Vernetzung im internationalen Finanzsystem entscheidend für die Klassifikation als systemrelevant. Obwohl die Vernetzung von Banken untereinander in der Regel schwer zu messen ist, kann sie aus der Entwicklung von Prämien von Kreditausfallversicherungen (den so genannten Credit Default Swap (CDS) Spreads) und Aktienrenditen abgeleitet werden. Dieser Beitrag untersucht, inwieweit sich mit Hilfe der sich daraus ergebenden Co-Crash-Probability vor der Finanzkrise vorhersagen lässt, welche Finanzinstitutionen während der Krise Teil von staatlichen Rettungsprogrammen (*bailout programmes*) wurden.

JEL-Klassifikation: C45, G19, G20, G28

Schlagwörter: Finanznetzwerk, Finanzstabilität, systemisches Risiko, Extremwerttheorie

Seit der Finanzkrise 2007/2008 besteht Einigkeit darüber, dass so genannten systemrelevanten Finanzinstitutionen (*systemically important financial institutions, SIFIs*) eine verstärkte Prüfung durch die Aufsichtsbehörden zukommen sollte. Beispiele wie der einheitliche europäische Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM)¹ oder die Kapitalanforderungen des Basel-III-Regelwerks zeigen, dass aktuelle Regelvorschriften auf die Bedeutung von SIFIs für die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems eingehen. Die Systemrelevanz von Finanzinstitutionen hängt neben ihrer Größe auch von anderen Faktoren ab. Ein wesentlicher Aspekt ist die Vernetzung zwischen Finanzinstitutionen und -systemen.² Diese ist jedoch oft nicht direkt zu beobachten³ und daher schwer zu messen. In der diesem Beitrag zugrunde liegenden Publikation⁴

wird daher die Vernetzung von Finanzinstitutionen aus der Wahrscheinlichkeit, gemeinsam sehr hohen Kreditrisiken oder der Gleichbewegung von Aktienpreisen ausgesetzt zu sein, abgeleitet. Diese Wahrscheinlichkeit des simultanen Scheiterns (Co-Crash-Probability) kann verwendet werden, um bedeutsame Vernetzungen zwischen Finanzinstitutionen vor der Finanzkrise zu identifizieren und möglicherweise systemrelevante Institutionen herauszustellen. Schließlich kann mittels der so identifizierten Institutionen getestet werden, ob die Vorhersagen bezüglich systementscheidender Finanzinstitutionen mit den tatsächlich beobachteten politischen Entscheidungen in Form von Rettungsmaßnahmen während der Finanzkrise übereinstimmen. Damit bezieht die Studie erstmalig Indikatoren für Vernetzung im Finanzsystem auf tatsächliche politische Entscheidungen. Dies erlaubt Rückschlüsse darauf, wann eine Institution von den Regulatoren als systemisch entscheidend wahrgenommen wird.

Wie kann die Risikovernetzung von Finanzinstitutionen gemessen werden?

Das Risiko, das sich für das Finanzsystem aus einer starken Vernetzung von Institutionen ergibt, kann durch die Schätzung der Wahrscheinlichkeit einer simultanen drastischen Verschlechterung der finanziellen Situation zweier Finanzinstitutionen dargestellt werden. Diese Wahrscheinlichkeit wird als Co-Crash-

1 Für eine Definition und eine aktuelle Liste globaler SIFIs vgl. Financial Stability Board: *2017 List of Global Systemically Important Banks (G-SIBs)*, Basel 2017 und ders.: *2016 List of Global Systemically Important Insurers (G-SIIs)*, Basel 2016.

2 Vgl. Eisenberg, L.; Noe, T. H.: Systemic Risk in Financial Systems, in: *Management Science*, Vol. 47 (2), 2001, 236–249.

3 Vgl. Upper, C.: Simulation Methods to Assess the Danger of Contagion in Interbank Markets, in: *Journal of Financial Stability*, Vol. 7 (3), 2011, 111–125; Cerutti, E.; Claessens, S.; McGuire, P.: Systemic Risk in Global Banking: What Can Available Data Tell Us and What More Data Are Needed?, in: Brunnermeier, M. K.; Krishnamurthy, A. (eds), *Systemic Risk and Macro Modeling*. NBER/University of Chicago Press: Cambridge 2014, 235–260.

4 Basis für diesen Beitrag ist Bosma, J. J.; Koetter, M.; Wedow, M.: *Too Connected to Fail? Inferring Network Ties from Price Co-movements*, in: *Journal of Business & Economic Statistics*, im Erscheinen.

Probability (CCP)⁵ bezeichnet. Eine relativ hohe CCP kann entweder das Ergebnis direkten Kontrahentenrisikos sein oder aus gleichgerichteten Investitionsstrategien in dieselben riskanten Vermögenswerte resultieren.

Um auf beide Möglichkeiten einzugehen, werden sowohl Daten zur Entwicklung von Prämien von Kreditausfallversicherungen (den so genannten Credit Default Swap (CDS) Spreads) als auch zu Kapitalrenditen verwendet. Deren Entwicklung bestimmt die CCP eines Institutionenpaars: Extrem einbrechende Kapitalrenditen bzw. wachsende Zinsaufschläge bei Kreditausfallversicherungen bewirken hohe CCPs. Insgesamt greift die diesem Beitrag zugrunde liegende Studie auf CDS Spreads für 186 Finanzinstitutionen und Aktienkursdaten für 164 Institutionen weltweit zurück, wobei die meisten der Institutionen Banken sind, gefolgt von Versicherungen, Treuhandgesellschaften und Finanzintermediären anderer Sektoren.

Die Extremwerttheorie (Extreme Value Theory, EVT) ist besonders geeignet, um die Vernetzung von Kreditrisiko aus Datensätzen abzuleiten, da Wertveränderungen der zugrunde liegenden Vermögenswerte im Fall von solventen Institutionen wenig Einfluss haben, der Effekt bei abnehmender Solvenz aber nicht-linear ansteigt.⁶ Mit der EVT wird die Wahrscheinlichkeit von Extremwerten gemessen, d. h. die Wahrscheinlichkeit, dass negative Aktienrenditen oder positive CDS Spreads eines Institutionenpaares gemeinsam bestimmte festgelegte kritische Schwellenwerte überschreiten. Falls die Serien von Kapitalrenditen oder CDS Spreads bezüglich ihrer Maxima asymptotische Abhängigkeiten aufweisen, kann eine (Risiko-)Vernetzung der zwei Institutionen angenommen werden.

Es zeigt sich, dass CCPs, die auf Grundlage der CDS Spreads geschätzt werden, generell größer sind als die auf Aktienrenditen beruhenden. Ein Grund dafür könnte sein, dass die Entwicklung der Prämien von Kreditausfallversicherungen anders als die der Aktienrenditen ausschließlich die Wahrscheinlichkeit eines Kreditausfalls abbildet.

Welche Institutionen sind – basierend auf ihrer Vernetzung – systemisch relevant?

Hohe Co-Crash-Probabilities weisen auf eine zunehmende Ansteckungsgefahr zwischen zwei Institutionen hin. Über die Richtung dieser Ansteckungsgefahr kann jedoch keine Aussage getroffen werden. Neben direkten Kreditrisikoschocks, bei denen ein Kreditereignis in einer Institution direkt die Kreditpositionen einer anderen Institution beeinflusst, können auch indirekte Kreditrisikoeffekte (über Drittinstitutionen) auftreten. Ein Beispiel hierfür ist die drohende Insolvenz und anschließende Rettung des amerikanischen Versicherungskonzerns AIG. Dieser war zwar nicht zentral im Sinne von vielen Vernetzungen mit anderen Finanzinstitutionen, hat aber als einer der Hauptverkäufer von CDS viele Cluster von Akteuren miteinander verbunden.

Es ist daher sinnvoll, zwischen direkter Netzwerkzentralität und so genannter „Gatekeeper-“/„Dazwischen“-Zentralität zu unterscheiden. Die Netzwerkzentralität einer Institution entspricht dabei dem prozentualen Anteil positiver CCPs, d. h. dem Verhältnis dieser CCPs zur Anzahl aller Institutionen der Stichprobe ausschließlich der betrachteten Institution. In Abgrenzung dazu zeigt die „Dazwischen“-Zentralität an, wie oft eine Institution als Verknüpfungsstelle fungiert, die zwei andere Institutionen auf dem kürzesten (Kredit- oder Vermögens-)Weg miteinander verbindet.⁷ Aufbauend auf den sich ergebenden Werten für die einzelnen Institutionen kann für beide Zentralitätsdefinitionen ein Ranking der Institutionen nach Vernetzung erstellt werden.

Wenn Finanzinstitutionen in Form von Kapitalzuführungen oder durch Garantien für Vermögenswerte Adressaten staatlicher „Rettungsprogramme“ werden, zeigt dies an, dass sie von den Regulatoren als systemisch relevant eingestuft werden. Falls die oben beschriebenen Zentralitätsmaße, die sich auf Werte vor der Finanzkrise beziehen, die Vernetzung korrekt abbilden und diese Vernetzung entscheidend für die Einstufung einer Institution als „systemrelevant“ ist, sollte sich damit also vorhersagen lassen, welche Institutionen während der Finanzkrise „gerettet“ wurden.

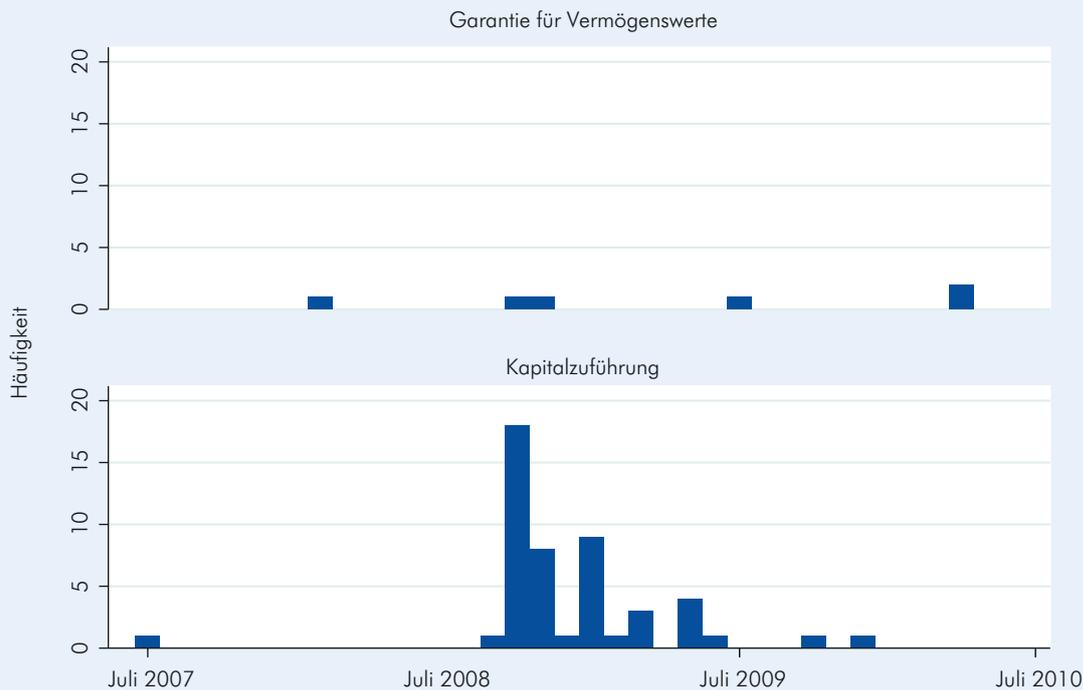
5 Vgl. Hartmann, P.; Straetmans, S. T. M.; de Vries, C. G.: Banking System Stability. A Cross-Atlantic Perspective, in: M. Carey, R. Stulz (eds), *The Risks of Financial Institutions. NBER Conference Report*, National Bureau of Economic Research: Cambridge 2007, 133–192.

6 Merton, R. C.: An Analytical Derivation of the Cost of Deposit Insurance and Loan Guarantees, in: *Journal of Banking and Finance*, Vol. 1 (1), 1977, 3–11.

7 Bonacich, P.: Factoring and Weighting Approaches to Status Scores and Clique Identification, in: *Journal of Mathematical Sociology*, Vol. 2 (1), 1972, 113–120.

Abbildung

Staatliche Unterstützung von Finanzinstitutionen von 2007 bis 2010, global, nach Typ der Maßnahme



Quelle: Stolz und Wedow 2010 (vgl. Fußnote 8); Darstellung des IWH.

Kann die Vernetzung der Institutionen „Bailout“-Entscheidungen vorhersagen?

Insgesamt wurden global betrachtet mehr als 50 Finanzinstitutionen, vor allem Banken, in Folge der Finanzkrise 2007/2008 entweder durch Kapitalzuführungen oder durch Garantien für Vermögenswerte staatlich „gerettet“.⁸ Die Abbildung zeigt die zeitliche Einordnung und Häufigkeit der einzelnen Rettungsmaßnahmen.

Im Ergebnis zeigt sich ein klarer Zusammenhang zwischen Zentralitätswerten vor der Krise und den in der Abbildung dargestellten während der Krise beobachteten Bailouts. Eine Steigerung der durch die CDS Spreads vorhergesagten Netzwerkzentralität einer Institution um 1% erhöht die Wahrscheinlichkeit eines Bailouts um ca. 5,4%. Dieses Ergebnis legt nahe, dass als „zentral“ identifizierte Institutionen (in Bezug auf signifikante Anstiege der Zinsaufschläge gemeinsam mit anderen Institutionen) häufiger als rettungsbedürftig bzw. „rettungswürdig“ wahrgenommen werden. Zum Vergleich sei hier erwähnt, dass die Steigerung der Größe einer Finanzinstitution

(gemessen am Wert der Gesamtvermögenswerte) um 1% die Wahrscheinlichkeit eines Bailouts um ca. 9 bis 10% erhöht. Der dargelegte „Vernetzungseffekt“ wurde festgestellt, nachdem für die Größe der Institutionen kontrolliert wurde, und zeigt daher eine erhebliche zusätzliche Erklärungskraft zur Bestimmung von SIFIs.

Da staatliche Rettungsprogramme oft auf einen bestimmten Sektor in einem bestimmten Land abzielen, ist es denkbar, dass durch die Bildung von Teilstichproben die Vorhersagen der Bailouts präziser werden. Dazu werden die betrachteten Institutionen auf all jene eines bestimmten Finanzsektors oder Landes beschränkt (oder einer Kombination beider Kriterien) und somit die mögliche Anzahl vernetzter Institutionen eingegrenzt. Es ergeben sich für diese Teilstichproben qualitativ ähnliche Ergebnisse wie unter Berücksichtigung aller betrachteten Institutionen: Vor allem die anhand der Entwicklung von CDS Spreads gemessene Vernetzung erhöht die Wahrscheinlichkeit eines Bailouts. Dieser Effekt nimmt für die Teilstichproben jedoch bei zunehmend engmaschigeren Definitionen ab.

Auch für die „Gatekeeper“-Zentralität kann ein statistisch signifikanter und positiver Effekt festgestellt werden. Dieser ergibt sich sowohl bei der Verwendung der CDS Spreads als auch bei Aktienrenditen

8 Vgl. Stolz, S. M.; Wedow, M.: Extraordinary Measures in Extraordinary Times – Public Measures in Support of the Financial Sector in the EU and the United States. ECB Occasional Paper 117, Frankfurt am Main 2010.

als Zentralitätsmaß. Erhöht sich die Anzahl der Male, die eine Institution zwei andere als „Schlüssellink“ verbindet, um 1%, so steigt die Bailout-Wahrscheinlichkeit um 10%. Besonders für Teilstichproben innerhalb eines Sektors erhöht die Einbeziehung der „Dazwischen“-Zentralität die Erklärungskraft der Vorhersage von Bailouts. Der festgestellte Zusammenhang zwischen der „Dazwischen“-Zentralität der Finanzinstitutionen und den beobachteten Bailouts ist robust sowohl bezüglich der Wahl des Schwellenwertes für „extreme“ Ereignisse zur Bestimmung der CCP-Werte als auch bezüglich des gewählten Standardfehlers. Das monetäre Volumen der Bailouts, mit anderen Worten: die Intensität der Rettungsmaßnahmen, kann durch die gemessene Zentralität der Institutionen nur bedingt erklärt werden. Zwischen der „Dazwischen“-Zentralität der Institutionen und der Intensität in Form von Kapitalzuführungen ausgestalteter Rettungsmaßnahmen besteht zwar ein messbarer Zusammenhang, dieser Effekt kann jedoch statistisch nicht als signifikant klassifiziert werden. Insgesamt scheint zur Erklärung der Intensität der Bailouts die Größe der Finanzinstitutionen der entscheidende Faktor zu sein.

Was folgt aus den Ergebnissen?

Aus dem dargelegten Zusammenhang zwischen Netzwerk- sowie „Gatekeeper“-Zentralität und staatlichen Rettungsmaßnahmen kann nicht auf die Effektivität solcher Kapitalzuführungen zur Vermeidung des Kollapses von Finanzinstitutionen geschlossen werden – dazu fehlt die kontrafaktische Situation ohne Durchführung der Bailouts. Die Ergebnisse legen jedoch nahe, dass die Regulatoren nicht nur die Größe, sondern auch die Vernetzung der Institutionen bei der Entscheidung zu Bailouts einbezogen haben. Diese Schlussfolgerung steht im Einklang mit der Argumentation des Basel-Komitees, derzufolge die Position im internationalen Finanzsystem ein wesentlicher Faktor zur Identifikation einer Institution als SIFI ist.

Zusammengefasst zeigen die Ergebnisse, dass die Vernetzung der Institutionen die Bailout-Entscheidungen entscheidend beeinflusst hat. Besonders die „Gatekeeper“-Zentralität, die angibt, in wie vielen Fällen eine Institution zwei weitere direkt miteinander verbindet, ist ein wichtiger Faktor zur Bestimmung der Rettungsmaßnahmen. Dies lässt darauf schließen, dass gerade solche Institutionen, die als Verbreiter von Kreditrisiken wahrgenommen wurden, als systemisch entscheidend eingestuft wurden. 



Friederike Altgelt

Studentin BA Internationale Beziehungen,
Technische Universität Dresden

Friederike.Altgelt@iwh-halle.de



Professor Michael Koetter, Ph.D.

Leiter der Abteilung Finanzmärkte

Michael.Koetter@iwh-halle.de

Polen vor der Middle-Income-Trap? Entwicklungsplan bis 2030 soll den Aufholprozess beschleunigen

Oliver Holtemöller, Martina Kämpfe

Polen hat seinen Abstand gegenüber den entwickelten Marktwirtschaften Westeuropas seit dem Beginn der 1990er Jahre bis heute gemessen am Pro-Kopf-Einkommen stark verringert. Galt das Land in den ersten zwei Jahrzehnten unter den mittelosteuropäischen Ländern als Vorreiter beim Wirtschaftswachstum, so hat sich das Aufholtempo in den letzten Jahren verlangsamt. Die polnische Regierung reagierte darauf mit einem strategischen Entwicklungsplan („Morawiecki“-Plan), der Maßnahmen und Ziele bis 2030 benennt und Polens Aufholprozess neuen Schwung verleihen soll. Für das wirtschaftsliberale Reformland bedeutet mehr staatlich gesteuerte Wirtschaftsplanung allerdings einen Paradigmenwechsel. Vom Erfolg dieser Strategie hängt es ab, ob Polen den Übergang in die zweite, innovationsorientierte Phase des Aufholprozesses schafft oder längerfristig auf dem bisherigen Niveau zu verharren droht.

JEL-Klassifikation: E61, F43, O38

Schlagwörter: Konvergenz, Wachstum, Polen, Middle-Income-Trap, Morawiecki-Plan

Dynamischer Aufholprozess schwächt sich ab

Mit Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts von durchschnittlich 4% ab Mitte der 1990er Jahre gehört Polen zu den besonders erfolgreichen Ländern Mittel- und Osteuropas, das dank einer raschen und umfassenden Liberalisierung der Wirtschaft und der erfolgreichen Attrahierung ausländischen Kapitals die Grundlagen für ein solides Wirtschaftswachstum legte. In diesem Aufholprozess stieg das Pro-Kopf-Einkommen (berechnet in Kaufkraftparitäten) gegenüber dem EU-15-Durchschnitt von 32% zu Beginn der 1990er Jahre auf 64% im Jahr 2016. Dies gilt allerdings für den Landesdurchschnitt, während es nach wie vor ein deutliches West-Ost-Einkommensgefälle zwischen den Regionen in Polen gibt und das Einkommen der Hauptstadtregion mehr als das Anderthalbfache der übrigen Landesregionen beträgt. Damit fällt die Region um Warschau als einzige im EU-Maßstab bereits in die „mittlere“ Einkommenskategorie (75 bis 120% des EU-Durchschnitts).¹ In jüngerer Zeit verlor der Aufholprozess an Tempo. Die seit 2015 amtierende Regierung hat daher zu Beginn des Jahres 2017 einen strategisch angelegten, langfristigen „Plan für eine verantwortungsvolle Entwicklung“ („Morawiecki-Plan“) beschlossen, der neue Wachstumsquellen für das Land erschließen soll.²

Zu Beginn des Reformprozesses Anfang der 1990er Jahre hatten Landwirtschaft und Bergbau in Polen gegenüber westlichen Marktwirtschaften einen deutlich höheren Anteil an der Bruttowertschöpfung. Der einsetzende Strukturwandel hat zu einem Rückgang dieser Anteile bei gleichzeitiger Zunahme des Dienstleistungssektors geführt. Arbeitsintensive Branchen verloren an Bedeutung, hinzugewonnen hat (ähnlich wie in den osteuropäischen Nachbarländern Slowakei, Ungarn und der Tschechischen Republik) vor allem der Fahrzeugbau, dessen Anteil am Verarbeitenden Gewerbe sich auf 13% mehr als verdoppelte.³ Polen war als Produktionsstandort für ausländisches Kapital wegen gut ausgebildeter Fachkräfte und deutlich niedrigerer Löhne im Vergleich zu den Herkunftsländern attraktiv. Die Wirtschaftspolitik war investitionsorientiert und hat im Zuge mehrerer Privatisierungswellen auch einheimisches privates und öffentliches Kapital mobilisiert. Im Ergebnis überwiegt heute das Auslandskapital: im Bankensektor zu etwa 65%; im Verarbeitenden Gewerbe entsteht mehr als die Hälfte der Güter in Unternehmen mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung, an den Gesamtexporten stellen sie etwa zwei Drittel. Die Exporte haben sich seit den 1990er Jahren verzehnfacht, die Exportquote hat sich mit 52% mehr als verdoppelt. Auch die Exportstruktur widerspiegelt den Wandel: Die Gruppe „Maschinen, Ausrüstungen und

1 Vgl. Europäische Kommission: *Meine Region, mein Europa, unsere Zukunft. Siebter Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt*. Brüssel 2017.

2 Vgl. Ministerstwo Rozwoju: *Plan na Rzecz Odpowiedzialnego Rozwoju (Plan for Responsible Development)*, Warszawa 2017.

3 Vgl. Eurostat: VGR Aggregate nach Industrie (nama_10_a64), online unter http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=nama_10_a64&lang=de (Abfrage im Juni 2017).

Fahrzeuge“ hat überproportional zugenommen und bildet mit 39% die größte Gruppe.⁴ Im Zuge der wirtschaftlichen Umstrukturierung und der Modernisierung des Kapitalstocks setzte eine Steigerung der Produktivität ein, die in ihrem Ausmaß (2016 gegenüber 2000: 58%) für aufholende Volkswirtschaften nicht unüblich ist.⁵ Ausschlaggebend für die anhaltende Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit war auch die über Jahre moderate Lohngestaltung.

Polen im Übergang von der investitions- zur innovationsorientierten Wachstumsphase

Dass sich die Aufholgeschwindigkeit mit der Zeit verringert, ist im internationalen Vergleich nicht ungewöhnlich. Auch andere schnell wachsende Low-Income-

Länder haben Phasen unterschiedlicher Wachstumsgeschwindigkeiten erlebt (vgl. Abbildung). Der Aufholprozess kann in zwei Phasen zerlegt werden.⁶ In der ersten Phase geht es um die Ertüchtigung der physischen Infrastruktur und die Effizienz des Ressourceneinsatzes. In der zweiten Phase spielt das Humankapital eine entscheidende Rolle, wenn durch Innovationen die Produktivität weiter erhöht werden soll. Langfristig wird eine innovationsorientierte Strategie immer wichtiger, bei der innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für die Unternehmen, sehr gut ausgebildete Arbeitskräfte und Unternehmer sowie eine rege Forschungs- und Entwicklungstätigkeit erforderlich sind. Internationalität und Offenheit des Standorts machen ihn für internationales Spitzenpersonal attraktiv.

Polen dürfte sich im Moment im Übergang von der ersten zur zweiten Phase befinden. Dafür spricht der Stand der Entwicklung, vor allem aber auch der Rückstand in einigen wesentlichen Bereichen:

4 Główny Urząd Statystyczny (Central Statistical Office): *Polska w OECD 1996–2016/Poland in the OECD 1996–2016*. Warszawa 2016, 106-107.

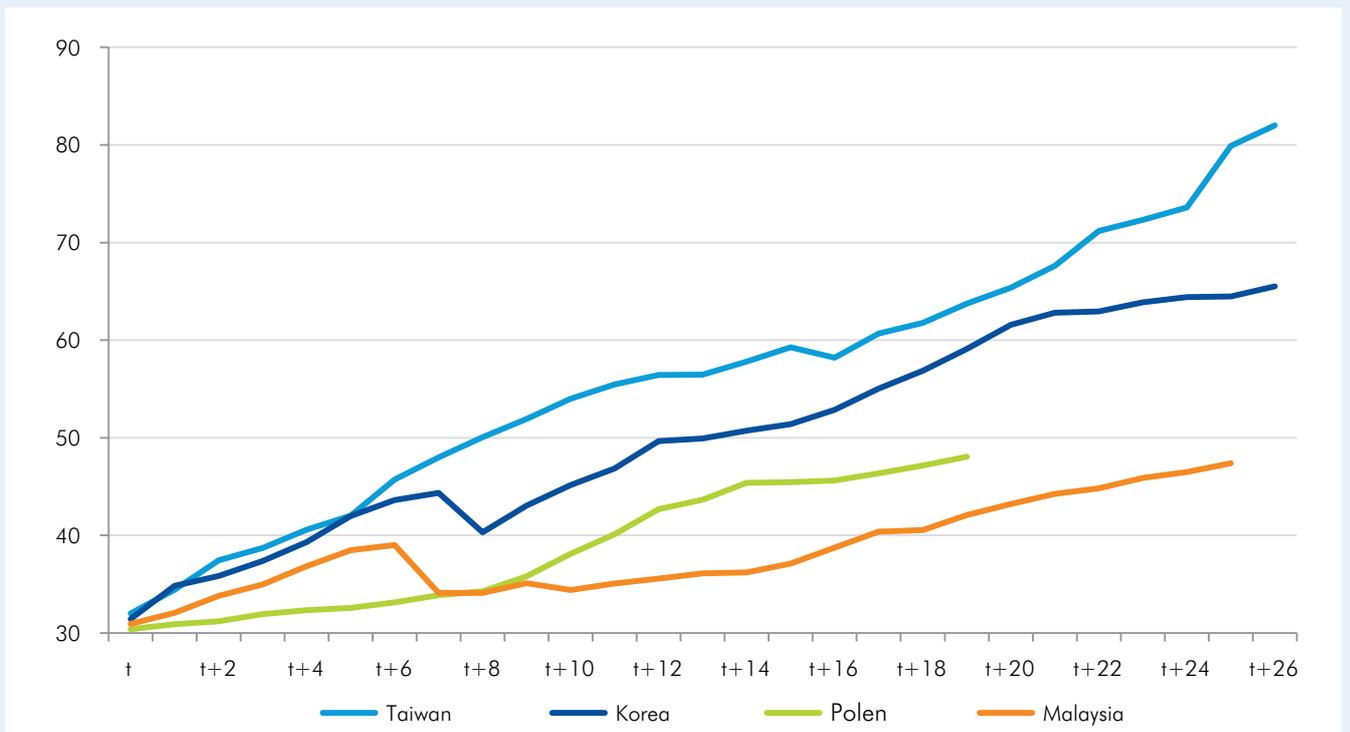
5 Vgl. Eurostat: Arbeitsproduktivität und Lohnstückkosten (nama_10_lp_ulc), online unter http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=nama_10_lp_ulc&lang=de (Abfrage im Juni 2017). In anderen osteuropäischen Ländern, so in den baltischen Ländern, in Rumänien, Bulgarien oder der Slowakei, waren die Produktivitätssteigerungen noch weitaus höher.

6 Vgl. Acemoglu, D.; Zilibotti, F.; Aghion, P.: Distance to Frontier, Selection, and Economic Growth, in: *Journal of the European Economic Association*, Vol. 4 (1), 2006, 37–74.

Abbildung

Polen im Vergleich mit asiatischen „Tigerstaaten“

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Kaufkraftparitäten, Index: USA = 100



Anmerkung: Korea: t=1990, Taiwan: t=1985, Polen: t=1997, Malaysia: t=1991.

Quellen: IWF: *World-Economic-Outlook-Datenbank*, 2017; Berechnungen und Darstellung des IWH.

(1) Im EU-weiten Vergleich hat Polen noch deutliche Lücken in der Kapital- und Infrastrukturausstattung. Der Kapitalstock beträgt gegenwärtig ein Drittel des entsprechenden EU-15-Durchschnitts. Größere Infrastrukturlücken bestehen vor allem im Verkehr (Schienen- und Autobahnnetz), bei der Stromerzeugung sowie bei modernen Informations- und Kommunikationstechnologien.⁷

(2) Bei den Investitionen hat sich der Zustand im letzten Jahrzehnt sogar verschlechtert. Die aggregierte Investitionsquote (in % des BIP) liegt mit rund 19% gegenwärtig zwar etwa auf dem EU-Niveau, allerdings unter dem Niveau von vor der Finanzkrise 2008/2009 in Polen. Auch im weltweiten Vergleich mit anderen aufholenden Volkswirtschaften auf ähnlicher Entwicklungsstufe, etwa Südkorea im Jahr 2000, ist die Investitionsquote in Polen gering.⁸ Die Unternehmensinvestitionen haben sich vom Einbruch nach der Finanzkrise bis heute kaum erholt. Sie sind mit 11% besonders niedrig – auch im EU-Vergleich.⁹

(3) Schwach entwickelt ist das Innovationssystem. Im *European Innovation Scoreboard* wird Polen seit der Erhebung der Daten (2001) als „mäßig“ (*moderate innovator*) eingestuft. Obwohl einige der 27 Indikatoren des zusammengesetzten Innovationsindex (etwa Anteil Beschäftigter mit tertiärem Bildungsabschluss, Umfang der Breitbandversorgung, Zahl der Gebrauchsmusteranmeldungen, Höhe der Innovationsausgaben der Unternehmen außerhalb von Forschung und Entwicklung (FuE), Zahl der Beschäftigten in schnell wachsenden Unternehmen) zuletzt überdurchschnittlich hoch ausfielen, verbesserte sich der Gesamtindex für Polen zwischen 2010 und 2016 nur um zwei Prozentpunkte, und er ist mit zuletzt 55% des EU-Durchschnitts nach wie vor niedrig.¹⁰ Ausdruck dafür sind auch der geringe Exportanteil hoch- und mitteltechnologieintensiver Güter am Gesamtexport (8,5%), der insgesamt noch geringe Anteil von Beschäftigten in Hoch- und Mitteltechnologie-Unternehmen, der Mangel an Fachkräften in diesen Unternehmen sowie die sehr geringe Zahl an kleinen

und mittleren Unternehmen mit Innovationsausgaben in FuE (13%, EU: 31%).¹¹

(4) Die demographische Entwicklung wirkt sich zunehmend negativ auf die Erwerbstätigenzahl, aber auch auf die Fachkräftesicherung aus. Geburtenrückgang und Abwanderung haben in den vergangenen 25 Jahren zu gravierenden Schrumpfungs- und Alterungserscheinungen geführt, die das Erwerbspersonenpotenzial im Jahr 2016 erstmals haben sinken lassen. Dieser Trend wird sich nach statistischen Vorausberechnungen in den kommenden Jahren verstärken. Die Geburtenrate (1,25) zählt mittlerweile zu den niedrigsten in Europa.¹²

Diese Defizite sind maßgeblich dafür, dass Polen den Übergang von der ersten zur zweiten Phase im Aufholprozess noch nicht abgeschlossen hat. Wenn ein Land auf einem mittleren Einkommensniveau verharrt und ein Aufrücken in die Gruppe der Hochinkommensländer absehbar nicht gelingt, wird dies auch als „Middle Income Trap“ bezeichnet.¹³ Ob Polen in eine solche Falle gerät, hängt davon ab, wie erfolgreich die Maßnahmen sind, die die Politik nun in Angriff nimmt.

Die neue Strategie der Regierung greift Defizite auf

Die polnische Regierung hat einen Plan für die mittelfristige Entwicklung bis 2030 vorgelegt, der sowohl investitions- als auch innovationsorientierte Elemente enthält. Folgende Schwerpunkte werden darin gesetzt:

1. *Re-Industrialisierung des Landes.* Darunter wird die staatliche Förderung von so genannten Zukunftsbranchen (Hoch- und Mitteltechnologiebranchen) verstanden, in denen polnische Unternehmen internationale Wettbewerbsfähigkeit erreichen können. Der Beitrag dieser Branchen zum Gesamtumsatz der Industrie soll bis 2030 etwa um ein Drittel (auf 45%) steigen, wobei auch ein regionaler Aspekt (jeweils ein Pilotprojekt in einer Region) berücksichtigt werden soll.

2. *Förderung innovativer Unternehmen.* Ziel ist die stärkere Etablierung einer innovativen Unternehmensgründungskultur, wozu das gesamte Umfeld

7 International Monetary Fund: Republic of Poland: Selected Issues. IMF Country Report No. 17/221, Washington (D.C.) 2017, Kapitel „Investment Challenge“, 16f.

8 Südkorea hatte in den wachstumsstarken Jahren ab 2000 Investitionsquoten von mehr als 30%. Vgl. International Monetary Fund, a. a. O., 26.

9 International Monetary Fund, a. a. O., 18.

10 Vgl. Europäische Kommission: *European Innovation Scoreboard (EIS)*. Brüssel 2017, 62.

11 Vgl. Ministerstwo Rozwoju: *Strategia na Rzecz Odpowiedzialnego Rozwoju (Strategy for Responsible Development, ausführliche Fassung)*. Warszawa 2017, 25.

12 Główny Urząd Statystyczny (Central Statistical Office): *Population Projection 2014-2050*. Warszawa 2014, 149.

13 Aiyar, S.; Duval, R.; Puy, D.; Wu, Y.; Zhang, L.: *Growth Slowdowns and the Middle-Income Trap*. IMF Working Paper 13/71, Washington (D.C.) 2013.

einschließlich der Finanzierung von Neugründungen und der Forschungsförderung verbessert werden soll. Die momentan sehr geringen Ausgaben des Unternehmenssektors für FuE sollen bis 2030 nahezu verdreifacht werden (auf 1,3% des BIP, von Staat und privater Wirtschaft zusammen auf 2,5%).¹⁴

3. *Permanente Erhöhung der Investitionsquote unter größerer Nutzung einheimischer Ressourcen.* Durch die Schaffung von zusätzlichen Anreizen zum privaten Sparen soll die Sparquote merklich angehoben werden. Als ein wichtiges Element der Sparformen ist ein „nationaler Entwicklungsfonds“ geplant, in dem polnisches Kapital für Investitionen zur Verfügung stehen soll. Die Investitionsquote soll bis 2030 auf 25% des BIP steigen, die (niedrige) Sparquote soll sich etwa verdreifachen.

4. *Unterstützung von Firmen bei der internationalen Kooperation und der Erschließung von Auslandsmärkten.* Allen Unternehmenstypen sollen Unterstützung für internationale Kooperationen in Hochtechnologiebranchen, aber auch Finanzhilfen für Exporte zur Verfügung stehen. Der Anteil von Hochtechnologiegütern am Gesamtexport soll bis 2030 auf 15% nahezu verdoppelt werden.

5. *Verbesserung des demographischen Faktors und des sozialen Zusammenhalts.* Der Trend zur Abnahme des Erwerbspersonenpotenzials soll abgeschwächt werden, vorrangig durch die Anhebung der Erwerbsbeteiligung auf 73% bis 2030 (EU-Durchschnitt 2016: 71%). Vor allem soll die im internationalen Vergleich noch geringe Erwerbsbeteiligung von Frauen (derzeit 62%) auf 70% bis 2030 erhöht werden. Daneben ist die Anhebung der Geburtenrate vorrangiges Ziel. Maßnahmen der Bildungs- und der Familienpolitik (Kinderbetreuung, Gesundheitsversorgung von Müttern, Reform von Schul- und Ausbildung, Verzahnung von Berufsausbildung und Arbeit) zielen auf diese beiden Komponenten.

Wie erfolgversprechend ist der Morawiecki-Plan?

Dem langfristig angelegten Entwicklungsplan der Regierung ging eine detaillierte Analyse des Zustands der polnischen Wirtschaft voraus, deren identifizierte Schwachstellen plausibel erscheinen. Dies bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass die angedachten

Lösungen auch wirkungsvoll sind. Verpasst eine Regierung den Übergang von der ersten zur zweiten Aufholphase und kommt der Aufholprozess ins Stocken, entsteht die Gefahr für ein Land, in die so genannte Middle-Income-Trap zu geraten. Traditionelle Investitionsförderpolitik kann dann sogar kontraproduktiv sein. Insbesondere der Versuch, „Zukunftsbranchen“ durch den Staat zu identifizieren, erscheint wenig erfolgversprechend. In fortgeschrittenen Volkswirtschaften findet das Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum überwiegend im Dienstleistungsbereich statt, eine Fokussierung auf „die Industrie“ wäre verfehlt. Ein erfolgversprechender Ansatzpunkt für Innovationsprozesse könnte die Finanzierung junger Unternehmen sein, denn riskanten Vorhaben kleiner und mittlerer Unternehmen stehen oft Finanzierungsengpässe entgegen. Bislang bot Polen für Unternehmensgründungen vergleichsweise schlechte Rahmenbedingungen. Mit Blick auf den Stellenwert des Humankapitals und der Innovationen im weiteren Aufholprozess dürften daher jene Lösungsansätze der Entwicklungsstrategie, die innovatives Unternehmertum fördern und den Bildungssektor stärken, am ehesten geeignet sein, Polens Konvergenz weiter voranzutreiben 



Professor Dr. Oliver Holtemöller

Leiter der Abteilung Makroökonomik,
Stellvertretender Präsident

Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de



Martina Kämpfe

Abteilung Makroökonomik

Martina.Kaempfe@iwh-halle.de

¹⁴ Zum Vergleich: Deutschland hat sich im Rahmen der Strategie Europa 2020 verpflichtet, den Anteil der FuE-Ausgaben von Staat und Wirtschaft bis 2020 auf jährlich mindestens 3% des BIP zu steigern; bis 2025 wird ein Anteil von 3,5% angestrebt. Vgl. BMBF: Fortschritt durch Forschung und Innovation. Berlin 2017, 12f.

7. IWH/INFER-Workshop on Applied Economics and Economic Policy: “Challenges and Implications of Inflationary Dynamics”

Birgit Schultz, Gregor von Schweinitz

Am 7. und 8. September 2017 fand am IWH in Zusammenarbeit mit dem International Network for Economic Research (INFER) und unter Förderung der Stadt Halle (Saale) der 7. Workshop in der Reihe „Applied Economics and Economic Policy“ statt. Im Rahmen des Workshops stellten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler europäischer Universitäten und internationaler Organisationen ihre neuesten Forschungsergebnisse zu aktuellen ökonomischen Fragen und Problemen vor und diskutierten diese intensiv. Insbesondere gab es einen regen Austausch über das Spezialthema „Challenges and Implications of Inflationary Dynamics“. Hier ging es vor allem um die Entwicklungen von Inflationserwartungen sowie mögliche Gründe und Folgen dieser Entwicklungen.

Aktuelle Ergebnisse aus der Forschung

Die auf dem Workshop präsentierten Beiträge zeigten die vielfältigen Facetten des Themas. Die beiden Keynote-Reden von *Mathias Trabandt* (Freie Universität Berlin und IWH) sowie *Michael Ehrmann* (Europäische Zentralbank) rahmten diese Facetten ein. Mathias Trabandt präsentierte ein einfaches theoretisches Modell, das einen Schock auf Inflationserwartungen beinhaltet. Er zeigte damit, dass sinkende Inflationserwartungen einen negativen Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung haben können, wenn der Zentralbankzins bereits an der Nullzinsgrenze liegt und deswegen nicht weiter gesenkt werden kann, um die Erwartungen zu stabilisieren. Michael Ehrmann betrachtete Inflationserwartungen mit Hilfe mehrerer panelökonometrischer Modelle. Er untersuchte die Formierung der Erwartungen und damit die andere Seite des thematischen Spektrums des Workshops. Ehrmann legte dar, dass Inflationserwartungen aktuell durch niedrige beobachtete Inflationsraten gesenkt werden. Auf der anderen Seite sind so genannte Forward-Guidance-Maßnahmen und Vertrauen in die Zentralbank allgemein in der Lage, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken.

Diese beiden Keynotes legten den Grundstein für elf weitere theoretische und empirische Vorträge. Als mögliche Ursachen für niedrigere oder heterogene

Inflationserwartungen wurden zum Beispiel heterogene Inflationserfahrungen beim Eintritt in die Eurozone oder eine Verschiebung der Wertschöpfung zum preisstabileren Service-Sektor genannt. Neuigkeiten zu makroökonomischen Entwicklungen scheinen hingegen kein geeigneter Kandidat zu sein. Das aktuelle Umfeld ist aus verschiedenen Gründen schwierig für konventionelle Geldpolitik. Außerdem wurde gezeigt, dass niedrige Inflationserwartungen risikoreicheres Verhalten von Haushalten fördern. Jeder der Vorträge wurde von einem Diskutanten eingehend kommentiert und mit exzellenten Vorschlägen für weitere Forschungsfragen ergänzt.

Insgesamt erhielten die 47 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 7. IWH/INFER-Workshops einen umfassenden Überblick über die unterschiedlichen makroökonomischen Aspekte des Themas Inflationserwartungen.

Die Veranstalter bedanken sich herzlich bei allen Gästen und Vortragenden für die Teilnahme und freuen sich darauf, die Reihe im kommenden Jahr mit dem 8. IWH/INFER-Workshop zur angewandten Wirtschaftspolitik fortsetzen zu können.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 7. IWH/INFER-AEEP-Workshops.
Foto: IWH.

Arbeitnehmermitbestimmung und Tarifverträge im Fokus – 14. IWH/IAB-Workshop zur Arbeitsmarktpolitik

Eva Hank, Georg Neuschäffer

Bereits zum 14. Mal fand am 18. und 19. September der diesjährige Workshop zur Arbeitsmarktpolitik am IWH in Halle (Saale) statt, der traditionell gemeinsam mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) organisiert wird. Mit dem Schwerpunkt „Industrielle Beziehungen: Arbeitnehmermitbestimmung und Tarifverträge im Fokus“ widmete sich der Workshop einem wirtschaftspolitisch aktuellen Thema.

Lange Zeit galt Deutschland mit seinem dualen Modell aus branchengebundenen Tarifverträgen und dezentraler betrieblicher Mitbestimmung als ein institutioneller Vorreiter. Der Keynote-Vortrag von *Professor Claus Schnabel*, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, zeichnete die Entwicklung des deutschen Modells innerhalb der letzten 30 Jahre nach. Empirische Ergebnisse zeigen einen Rückgang der Tarifbindung, sinkende Mitgliederzahlen von Gewerkschaften und weniger Unternehmen mit Betriebs- oder Personalräten. Gleichzeitig nimmt die Bedeutung informeller Einigungen stetig zu. Schnabel warf die Frage auf, ob angesichts dieses Befunds das deutsche Modell überholt sei und wo die Zukunft der industriellen Beziehungen liege.

In der Podiumsdiskussion kamen Wissenschaftler, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter sowie Geschäftsführer von Unternehmen aus der Region zu Wort. Alle Diskutierenden stellten die wichtige Rolle der industriellen Beziehungen in den Vordergrund. Gleichzeitig wurde deutlich, dass viele Unternehmen sich mehr Flexibilität wünschen, um auf aktuelle Herausforderungen wie die zunehmende Globalisierung oder die Digitalisierung reagieren zu können. Während dies beispielsweise in der IT-Branche keine Nachteile für die stark nachgefragten Fachkräfte bedeuten sollte, sind die Konsequenzen des Rückgangs industrieller Beziehungen in anderen Branchen und für Niedrigqualifizierte vor allem aus Sicht der Gewerkschaften ein großes Problem.

Ob der Rückgang von Branchentarifverträgen auf Änderungen im Verhalten von Managern oder auf den Strukturwandel zurückzuführen ist, analysierte *Dr. Susanne Kohaut* (IAB) in ihrem Vortrag. Mit Hilfe einer Dekompositionstechnik untersuchte sie, wie die Abdeckung mit Tarifverträgen zum jetzigen Zeit-

punkt aussähe, wenn die strukturellen Bedingungen von 1998 gelten würden. Sie zeigte, dass nur etwa ein Drittel der Veränderungen auf strukturelle Faktoren zurückzuführen sind.

Dr. Hagen Lesch (IW Köln) diskutierte die Frage, ob Tarifkonflikte durch die zunehmende Tarifpluralität härter und länger geworden sind. Die Vermutung liegt nahe, dass durch den Konkurrenzkampf zwischen Sparten- und Branchengewerkschaften der volkswirtschaftliche Schaden von Tarifaueinandersetzungen zunimmt, doch lässt sich diese Hypothese empirisch nicht eindeutig belegen. Hingegen ist eine Verlagerung der Arbeitskämpfe in den Dienstleistungssektor zu verzeichnen.

Die industriellen Beziehungen spielen auch in der Digitalisierung eine wichtige Rolle. *Sabrina Genz* (IAB) stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob Betriebsräte die Einführung neuer Technologien hemmen oder fördern. Die von ihr präsentierten Auswertungen zeigen keinen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen der Existenz eines Betriebsrates und der Implementierung neuer Technologien. Daraus schlossen die Autoren der Studie, dass Betriebsräte die Implementierung technischer Innovationen nicht blockieren und Potenziale folglich noch besser genutzt werden könnten. 



Eva Hank

Abteilung Strukturwandel und Produktivität

Eva.Hank@iwh-halle.de



Georg Neuschäffer

Abteilung Strukturwandel und Produktivität

Georg.Neuschaeffer@iwh-halle.de

Veranstaltungen

Dienstag, 12. Dezember 2017 bis
Mittwoch, 13. Dezember 2017, Halle (Saale)

18th IWH-CIREQ-GW Macroeconometric Workshop: Mixed Frequency Data in Macroeconomics and Finance

The workshop provides a platform to discuss new developments in the field of empirical and applied macroeconomic modelling and aims at bringing together academic researchers and practitioners.

Keynote Speakers:

[Massimiliano Marcellino](#) (Bocconi University)
[John H. Rogers](#) (Federal Reserve Board)

Montag, 18. Dezember 2017, Halle (Saale)

IWH Research Seminar in Economics: Social Comparisons in Job Search: Experimental Evidence

Using a laboratory experiment we examine how social comparisons affect behavior in a sequential search task. In a control treatment, subjects search in isolation while in two other treatments, subjects get feedback on the search decisions and outcomes of a partner subject.

Referent:

[Professor Richard Upward, Ph.D.](#)
(University of Nottingham)

Montag, 15. Januar 2018, Halle (Saale)

Cutting Out the Middleman – The ECB as Corporate Bond Investor

We propose a novel mechanism how central bank interventions can affect the real economy: direct corporate debt purchases by a central bank can increase the effectiveness of the banklending channel.

Keynote Speaker:

[Professor Dr. Sascha Steffen](#)
(Frankfurt School of Finance & Management)



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Michael Koetter, Ph.D.
Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion:

Dipl.-Volkswirt Tobias Henning
Layout und Satz: Peggy Krönung
Tel +49 345 7753 738/721
Fax +49 345 7753 718
E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 6 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: © Corey Agopian – unsplash.com
Wirtschaft im Wandel, 23. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15. Dezember 2017

ISSN 2194-2129 (online)